



PoDi

Politik Direkt in die Leopoldstadt

Vor der BürgerInnenversammlung am 7. Mai:

Für eine Hand voll Dollar Die Politsatire um den Augarten-Spitz

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Zeitung überschlagen sich die Meldungen zur Bebauung des Augarten-Spitz. Die willfährigen Medien stellten in vorausseilendem Gehorsam gegenüber den Wiener Gemeinderatsparteien und in ihrer Funktion als Meinungsmacher die Entscheidung für den Sängerknaben-Konzertsaal als endgültig dar, nur um 10 Stunden später berichten zu müssen, dass das Wirtschaftsministerium die Projekt-Unterzeichnung ausgesetzt habe.

Der Grund: ein weiterer Sponsor habe sich zu Wort gemeldet, der das Filmarchiv-Projekt ausfinanzieren und im Unterschied zur Pühringer-Stiftung eine Sponsorship betreiben wolle, die keinen inhaltlichen Einfluss anstrebe.

So positiv diese nun real auftauchende Alternative für die Leopoldstadt ist, stellt sich trotzdem die Frage, wer und vor allem wo hier eigentlich politische Entscheidungen getroffen werden. Geht es wirklich nur mehr darum, nach amerikanischem Muster Kultur und Kunst zu käuflich erwerb- und förderbaren Tausch- bzw. Gebrauchsgütern verkommen zu lassen, wo dann derjenige Sponsor den Zuschlag bekommt, der die öffentlichen Budgets scheinbar entlastet?

Absolut unerträglich

Es widerspricht jeder demokratischen Kultur, wie Entscheidungen im Bezirk zustandekommen. Da wird die Einberufung einer BürgerInnen-Versammlung so lange hinausgezögert, bis bei dieser nur mehr über Auswirkungen von hinter verschlossenen Türen gefällten Entscheidungen auf die Bezirksbevölkerung diskutiert werden kann. Bürgermeister Häupl, SPÖ, ÖVP und FPÖ sprechen sich im Gemeinderat für den Konzertsaal aus und die Grünen wollen beide Projekte verwirklicht sehen, ungeachtet der zu Recht kritisierten Umwelt- und Anrainerbelastungen. Dem hat sich vor kurzem auch die ÖVP-NR-Abgeordnete Brinek vorsichtig angeschlossen. Selbst in der offiziellen schriftlichen Einladung zur BürgerInnen-Versammlung von BV Gerhard Kubik steht diese Entscheidung als alternativlos da, obwohl der selbe Kubik noch einige Tage zuvor in der Bezirkszeitung von einer spannenden Versammlung spricht, da doch zwei Projekte, Konzertsaal oder Filmarchiv, zur Auswahl stünden, natürlich mit dem Hinweis, dass die Versammlung selbst keine Entscheidungsgewalt habe.

Diese verkommene Art von Politik wird von der Bevölkerung abgelehnt. Die Akteure fürchten sich vor dem Unmut der Menschen und kommunizieren Sachverhalte - meist als alternativlos

dargestellt - nur mehr über willige Medien. Diese Art von Politik, die nicht mehr gestaltend sondern nur mehr untertänigst die Aufgabe der Ruhigstellung der Bevölkerung verfolgt, hat jetzt durch die neueste Entwicklung eine ordentliche Blamage erlitten. Erst jetzt bekommt die BürgerInnenversammlung doch noch einen Sinn. SPÖ/ÖVP/FPÖ samt Bezirksvorstehung stehen dumm da, weil sie sich zum Spielball scheinbar übermächtiger wirtschaftlicher Interessen degradieren haben lassen.

Unabhängig davon, welches Projekt nun den Zuschlag bekommt, stellt sich schon die Frage, was die Versammlung überhaupt soll und welche Empfehlungen sie aussprechen kann bzw. sollte.

Unser Standpunkt

PoDi (Politik Direkt in die Leopoldstadt) ist prinzipiell gegen jegliche Zweckentfremdung, und das heißt heute immer nur: profita-



Im Filmarchiv: KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko

ble Verwertung öffentlichen Raums, besonders desjenigen, der für Erholung, Freizeit, Spiel, Ruhe etc. dient. Diese prinzipielle Verweigerung geht von den Bedürfnissen der Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen aus, die im Höchstmaß darauf angewiesen sind, dass der öffentliche Erholungsraum kostenlos zugänglich ist. Die Tendenz, den öffentlichen Raum zu privatisieren und ihn unter ungeheurem Konsumdruck der Profitlogik zu unterwerfen, schließt in der Konsequenz Menschen mit geringem Einkommen von seiner Nutzung

aus und das heißt auch, dass diese Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft mehr und mehr ausgeschlossen werden.

Zugegeben: im Falle des Augarten-Spitz trifft der Erholungscharakter nur sehr beschränkt zu, so dass die Frage der Bebauung auf Grund der objektiven Voraussetzungen anders zu beurteilen ist: das ganze Gebiet ist Bundesgebiet und außerdem besteht ein gültiger Flächenwidmungsplan. Allerdings ist zu beachten, welche Folgen derartige Projekte

Fortsetzung auf Seite 2

Editorial

Liebe LeopoldstädterInnen!

Vor Ihnen liegt die erste Ausgabe der Zeitung von PoDi (steht für: PolitikDirekt in die Leopoldstadt, siehe dazu auch ausführlicher unter www.poldi.kpoe.at). Unmittelbarer Anlass ist die BürgerInnen-Versammlung am 7. Mai 2007, 18 Uhr im Haus der Begegnung am Praterstern 1, zum Thema Augarten-Verbauung ("Für eine Hand voll Dollar, - die Politsatire um den Augarten-Spitz"). Aber auch andere heikle Themen für den 2. Bezirk: Das Trialto-Projekt ("Trialto am Donaukanal - die Betonwirtschaft dankt!"), das einen ungeheuren Eingriff in die Naherholung für uns BezirksbewohnerInnen darstellt. Zu diesem Thema erreichte uns die letzte Nachricht, dass Planungsstadtrat Schicker angeblich das Projekt abgesagt hat, was wir zunächst als reine Spekulation ansehen, gleichzeitig



aber auch wieder als Beweis, wie in dieser Stadt Politik gemacht wird. Weiters finden Sie eine erste Annäherung zur Fußball EM 2008 ("EM 2008 - die Ausweitung der Gewinnzone"), die alles andere als Fußball bringen wird und die für unseren Bezirk ungeheure Probleme schafft, das Verhalten von SPÖ und FPÖ zum Thema Shuttlebus für die Schulkinder der derzeit nicht benutzbaren Schule in der Novaragasse ("Die Selbstherrlichkeit der SPÖ-

Bezirkskaiser"), ein Artikel zur FPÖ, wie sie sich in ihrem un-nachahmlichen Populismus die Lösung des Obdachlosenproblems vorstellt ("Schandfleck Leopoldstädter FPÖ"), und zuletzt einige Ausführungen zur Frage, wie den fortschrittliche Bezirkspolitik unserer Meinung nach aussehen sollte ("Fortschrittliche Bezirkspolitik?") - eine Auseinandersetzung mit der Politik der Grünen im Bezirk.

Als besonderen Service bieten wir in Zusammenarbeit mit der MieterInnen-Initiative für die BewohnerInnen der Leopoldstadt eine eigene Mietrechtsberatung und konkrete Rechtshilfe an ("Die MieterInnen-Seite - Spektakuläres OGH-Urteil für MieterInnen"). Auf der letzten Seite sind dann Termine und verschiedene Hinweise zu finden.

Besonders möchten wir auf unser Protest-Fest entlang des Donaukanals gegen die Zerstörung unseres wichtigen Naherholungsraumes aufmerksam machen. Notieren Sie den Termin Samstag, 16. Juni 2007, von 14-19h: Musik, Essen, Trinken, Information, Diskussion, Bücherrfolg und Unterhaltung.

Ihr KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko und das PoDi-Team

"Augarten..." Fortsetzung von Seite 1:

insbesondere für die Anrainer haben und da muss dann sehr wohl überlegt werden, welchem der beiden Projekte der Verzug gegeben werden soll und zwar einzig unter dem Aspekt: dient es der Bevölkerung oder nicht?

PoDi spricht sich für das Filmarchiv- und gegen das Sängerknaben-Projekt aus!

Was spricht für das Filmarchiv?

Die Projektbetreiber versprechen eine architektonisch sehr ansprechende und die unmittelbare Wohngegend nicht erschlagende Bebauung. Außerdem soll mittels dieses Projekts die Öffnung und Begehrbarkeit eines bisher geschlossenen Teils des Augartens ermöglicht werden.

Das Filmmuseum soll ein öffentlicher Kulturort werden, der für den kulturell ohnehin vernachlässigten 2. Bezirk und seine Bevölkerung wertvolle kulturelle Impulse setzen kann und der einen allgemeinen kulturellen Anspruch zu verwirklichen hat, bzw. diesen sogar einfordern könnte. Unseres Erachtens sollte aber ein Weg gefunden werden, die umliegende Bevölkerung zur kostengünstigen, wenn nicht sogar kostenlosen Nutzung des Kulturangebots zu ermutigen.

Im Gegensatz zum Konzertsaal wird es entsprechend der Projektbeschreibung zu keiner all zu großen Belastung der umliegenden BewohnerInnen kommen. Wobei mit den ProjektbetreiberInnen noch besprochen werden sollte, wie bei größeren Events (Filmfestspiele etc.) der private Autoverkehr hintan gehalten werden kann.

Was spricht für das "Sängerknaben" - Projekt?

Zunächst handelt es sich um ein privatfinanziertes, elitäres Projekt und als solches unterliegt es immer einer Gewinnlogik und damit geht es um größtmögliche Auslastung und um finanzstarkes Publikum. Das bedeutet, dass diese Art von Kultur kein Angebot an die Bezirksbevölkerung beinhalten wird. Es geht hier um ein Projekt, das sich letztlich nur an den Tourismus wendet - unter Ausschluss der mit den Folgen belasteten AnrainerInnen. Und was passiert, wenn sich der großzügige "Maecenas" in weiterer Folge - und das kommt sicher - zurückzieht und dann die Stadt erst recht auf den Kosten des laufenden Betriebs sitzenbleibt?

Bei allen unseren Umfragen und Gesprächen im Bezirk haben wir festgestellt, dass kein/e einzige/r Befragte/r schon jemals bei einem Sängerknaben-Konzert gewesen ist. Man kennt diesen anachronistischen, elitären Bubenverein aus Film und Fernsehen und aus den Berichten über dessen internationale Auftritte und Erfolge. Dieser Verein ist ein typisches Fremdenverkehrs-Produkt. Das bedeutet aber, dass der geplante Konzertsaal unter Ausschluss der Leopoldstädter Bevölkerung eine Rolle spielen und - folgend der Profitlogik - zu einer immer größeren Belastung für die unmittelbaren BewohnerInnen führen wird.

Aufwertung des Bezirks?

Die Mehrheitsfraktion im Bezirk, die SPÖ, und nicht nur diese, argumentiert ständig bei solchen Projekten, dass das zur Aufwertung des Bezirks führen wird. Fragt sich eigentlich: Aufwertung für wen? Sicherlich für Grund-, Boden- und Wohnungsspekulanten. Die Wohnungen werden teurer, der Absiedlungsdruck auf AltmieterInnen wird zunehmen und der Augarten wird immer mehr zum Objekt der Begierde. Gleich dem Trojatischen Pferd dienen solche Projekte, sind sie einmal durch, hauptsächlich dazu, weitere Einschränkungen des Erholungsraumes zu begründen und durchzusetzen.

Das PoDi-Team

Fortschrittliche Bezirkspolitik?

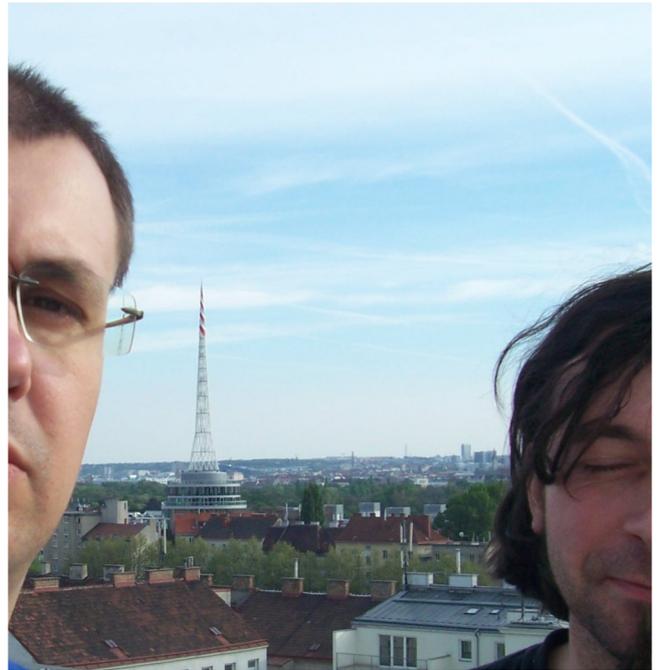
Mirk u Zang

Auch in der Leopoldstadt genießen im Schatten der übermächtigen SPÖ die Grünen das Image einer fortschrittlichen Oppositionspartei. Doch haben sie diesen Ruf zurecht? Wer sich in der Zeitschrift der Leopoldstädter Grünen oder auf ihrer Homepage informiert, gewinnt bald einen anderen Eindruck.

Verkehrspolitische Themen liegen den Bezirksgrünen ebenso am Herzen wie der Kampf gegen eine Verbauung von Grünflächen. Es ist sehr löblich, "auch in der Lessinggasse gegen die Einbahn radeln" zu fordern und für "neue Fahrradständer im Bezirk" oder auch nur eine "Sitzbank an der Autobushaltestelle Glockengasse der Linien 5A" einzutreten. Auch die Idee "Zebrastrifen auf Schulwegen generell verbessern durch rote Umrandung" findet unsere volle Unterstützung! Doch möchten wir deshalb erstens nicht weniger Schullotsen an den Kreuzungen sehen und müssen zweitens an dieser Stelle erwähnen, dass wir die Politik der Grünen für bieder, konservativ und unspannend halten.

Politik Direkt versteht sich als Versuch, viele BewohnerInnen der Leopoldstadt für die Durchsetzung ihrer Anliegen zu stärken. Wir wollen BündnispartnerInnen bei der Vernetzung sein und richten unser Angebot an fortschrittliche Kulturinitiativen in den Grätzeln ebenso wie an einzelne BewohnerInnen oder Hausgemeinschaften mit ihren Mietproblemen. Antirassistische Arbeit heißt für uns, dass wir diskriminierten Leuten unsere Organisationserfahrung und Kontakte zur Verfügung stellen wollen, damit sie ihre konkrete Lebenssituation verbessern können. Feministische Haltung bedeutet für uns, dass wir Frauen in ihren Arbeitsverhältnissen, Partnerschaften und im öffentlichen Leben im Kampf gegen Übergriffe und ungerechte Behandlung unterstützen und beim Aufbau hilfreicher Netzwerke mitarbeiten wollen. Politische Betätigung im Bezirk ist für uns nicht die unterste Ebene für höhere Ziele oder so.

Wir PolDis wollen zusammen mit Josef Iraschko für uns BezirksbewohnerInnen des zweiten Bezirks unsere konkreten Lebensumstände verbessern, diese Verbesserung auch einfordern und ein gemeinsames Sprachrohr für fortschrittliche Standpunkte bilden. Uns ist das Leben zu kurz, um uns mit der Alternative zu begnügen, uns anzubiedern oder mit dem Zustand der politischen Sprachlosigkeit abzufinden!



Schandfleck Leopoldstädter FPÖ

Roland Starch

Plumper, menschenfeindlicher Populismus: An diesen Charakterzügen der FPÖ-Politik hat sich nichts geändert. Minderheiten und sozial Benachteiligte werden immer wieder Opfer dieser Partei. Das zeigt ein aktuelles Beispiel aus unserem Bezirk:

In der Printausgabe des Leopoldstädter Bezirksjournals Nr. 01/2007 gibt GR W. Seidl von der FPÖ Leopoldstadt auf Seite 6 unter dem Titel "Schandfleck Praterstern" vor, dass ihm und seiner Partei die "Lösung des Obdachlosenproblems" um das Bahnhofsgelände am Herzen liege. Man möchte meinen, Seidl nimmt sich ernsthaft eines echten Problems an, denn es gibt in dieser Stadt nicht wenige Leute, die kein Dach über dem Kopf haben und sich deshalb vermehrt am Praterstern und an vielen anderen Orten aufhalten müssen. Normalerweise würde man denken, dass Obdachlose eben, wie der Name schon sagt, ein Obdach bräuchten und wenn sie eines hätten, damit das Problem gelöst wäre. Das wäre eine vernünftige Herangehensweise.

Doch was verlangt nun besagter FPÖ-Seidl? Er fordert, jene Personen, die sich den ganzen Tag nahe der Billa-Filiale aufhalten, "MÜSSEN [Hervorhebung im Orig.] vom Bahnhof verwiesen werden." Und zwar, wenn notwendig, auch mit polizeilicher Hilfe." Also verscheuchen und vertreiben, ganz nach dem Motto: aus dem Auge, aus dem Sinn! Nicht die Obdachlosigkeit, sondern die Obdachlosen, die Sichtbarkeit des Elends muss gelöst werden. Für einen freiheitlichen "Menschenfreund" ist Menschenhatz die billige und zynische Alternative für ein Dach überm Kopf.

"Trial to"-Projekt am Donaukanal: Die Betonwirtschaft dankt!

von KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko

Nach dem Motto "Wer bietet mehr?" werden jetzt in der Leopoldstadt öffentliche Grün- und Erholungsflächen an die Meistbietenden verschandelt. Die Rathaus- und Bezirks-SPÖ scheinen da einiges zu verwechseln: die Forderung der Bezirksbevölkerung - und nicht nur der - heißt Re- und nicht De-Naturierung des öffentlichen Raums entlang des Donaukanals.

Was und wer will das "Trial to-Projekt"?

Viel an Informationen ist noch nicht durchgesickert, bzw. werden vor der Bevölkerung unter Verschluss gehalten. Immerhin müssen dem, was bisher bekannt geworden ist, jahrelange Planungen und Gespräche vorausgegangen sein. Spätestens mit dem Abriss der Uniqua-Zentrale müssen die zukünftigen Pläne und wahrscheinlich auch entsprechende Zusagen schon in den diversen Magistrats- und Bezirkstischladen gelegen haben.

So viel ist jedenfalls bei einer Sitzung der Bezirksentwicklungskommission in Erfahrung zu bringen gewesen: Eine Investorengruppe will zwischen Marienbrücke und Schwedenbrücke ein Netzwerk aus mehreren Brücken erstellen. Darunter und darauf sollen Glas-Pavillons, Restaurants, hochwertige Geschäfte und auch eine gehobene Pleasure-/Eventzone etabliert werden. Das Investitionsvolumen beträgt angeblich 80 Millionen Euro.

Wenn wir von PoDi (PolitikDirekt in die Leopoldstadt) das richtig verstanden haben, dann soll der Deal folgendermaßen aussehen: die Investorengruppe baut das Ganze nach ihren Vorstellungen. Die Stadt Wien stellt das ganze Terrain zur ausschließlich privatwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung und - wie in neoliberalen Zeiten üblich - trägt zusätzlich die nicht geringen Anlauf-, Aufschließungs- und Entwicklungskosten.

Die InvestorInnen haben dann das komplette Sagen über die Verwendung des derzeitigen Noch-Erholungsraumes. Ein wichtiges und wahrscheinlich ausschlaggebendes Detail ist die Tatsache, dass nach Abriss des Uniquahauses dort ein riesiger Hotelkomplex höherer Kategorie (Luxus!) errichtet werden soll und dann soll über eine Art überdachten Übergang das gutbetuchte Publikum direkt und trockenen Fußes in das Wien-Event-Abenteuer gelangen können. Nun ist es natürlich nicht so, dass, wenn man schon auf luxuriös investiert, da jedermann oder jedefrau in der Luxus-Shopping-Mall sich aufwärmen können soll, schließlich soll dieser wertvolle, geschenkte innerstädtische Grund auch ordentlich verwertet werden. Was zur Folge hat, dass der derzeit noch frei begehbarer Raum zu einer exterritorialen Zone wird. Eines scheint jedenfalls aus den bisher bekannten Planungs-Schönzeichnungen hervorzugehen: dass eine durchgehende Erholungszone am Donaukanal nicht mehr gegeben sein wird.

Belebung der Nahversorgung? Im Gegenteil!

Von der zuständigen MA wurde argumentiert, dass dies alles zu einer Belebung der Nahversorgung für den 2. Bezirk führen wird. Wir sagen, es wird genau das Gegenteil eintreten. Die Leute, die sich bei dieser Luxusmeile zu Hause fühlen, werden mit Sicherheit nicht den zweiten Bezirk massenhaft bevölkern und dort einkaufen. Für wie dumm halten uns denn eigentlich die Magistratsleute und die Bezirksverantwortlichen? Und die Besserbetuchten aus unserem Bezirk werden sich dann gerne in dieser Luxusmeile aufhalten und dadurch zusätzlich ihre Kaufkraft aus dem Bezirk abziehen.

Fakt ist: es ist auf Grund der privaten Interessenslage zu befürchten, dass für die "gewöhnliche" Bezirksbevölkerung eine "no-go-area" geschaffen wird, die früher oder später wahrscheinlich auch mittels spezieller privater Sheriffs von der lästigen Bezirksbevölkerung abgeschirmt wird. Trespassers will be prosecuted!

Liebe LeopoldstädterInnen!

Aus verschiedenen Studien geht hervor, dass sich gerade der Donaukanal hervorragend als Naherholungsgebiet eignet. So ist zum



Öffentlicher Raum: Der Donaukanal

Beispiel das Gebiet außerhalb der Gastronomiebetriebe - wenn auch dadurch schon eingeschränkt - hin zum 20. und 9. Bezirk oder das Gebiet nach der Urania auf Seite des 2. und 3. Bezirks ein größtenteils gepflegter, naturbelassener Naherholungsraum.

Durch die in den letzten Jahren entstandenen vielfältigen Gastronomiebetriebe wird dieses als zur kostenlosen Erholung gedachte Gebiet einem immer größeren Verwertungsdruck unterworfen. Nicht nur, dass die Gastronomiebetriebe des Bezirks im Sommer unter dieser zusätzlichen Konkurrenz wirtschaftlich sehr stark leiden, gibt es überdies für RadfahrerInnen, SportlerInnen und SpaziergängerInnen schon fast kein durchgängiges Terrain mehr. Ganz abgesehen von dem Konsumdruck, dem Konsumstress und der Lärmerregung ist diese Entwicklung genau das Gegenteil von dem, was eine Ruhe und Erholung suchende Bevölkerung dringend benötigt.

PoDi ist entschlossen gegen die profitable Verwertung dieses Erholungsraumes und verlangt im Gegensatz dazu eine vollständige Re-Naturierung des ganzen Donaukanalgebietes. So könnte Wien wieder einmal zeigen, dass es tatsächlich ganz anders ist, und zwar nur so!

Armut ist weiblich. Und der öffentliche Raum?

Wer unter welchen Bedingungen den öffentlichen Raum nutzen kann, ist eine Frage der sozialen Integration oder der Ausgrenzung. Die zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes trifft vor allem arme und armutsgefährdete Menschen hart - und damit angesichts der ungleichen Einkommensverteilung besonders Frauen. Ein feministischer Blick auf diesen Teil der Bezirkspolitik.

Doris Schläger

Armut ist die Unmöglichkeit der Teilhabe an der Gesellschaft, so die Definition der SoziologInnen. Je stärker die Teilhabe davon abhängt, ob ich mir sie "erkaufen" kann, wenn jeder Versuch, mich zu integrieren, verstärkt von Konsumzwang begleitet wird, desto grösser die soziale Ausgrenzung von Menschen mit niedrigen Einkommen. Einkaufen als "Freizeitgestaltung", Gasthäuser, in denen das Leitungswasser zu bezahlen ist und Sporteln in sündteuren Fitnesscentern: sind das wirklich die einzigen Orte, wo noch menschliche Begegnungen stattfinden können? Wir leben in einer Stadt, in

EM 2008 - Die Ausweitung der Gewinnzone

Die Fußball-Europameisterschaft 2008 wirft ihre Schatten voraus. Unverschämte feiern sich Politiker/-innen und Vertreter/-innen von der Wirtschaft bis zur Polizei für die traurige Wahrheit selbst: mehrere Wochen lang werden die Austragungsorte zu hermetisch abgeriegelten Gewinnzonen umfunktioniert, denn: alle nennenswerten Einnahmen für Tickets und Werbung, Sponsorengelder und Gelder aus Vermarktungsrechten wandern in die Kassen der UEFA.

Christoph Keplingner

Wer zahlt, schafft an!

Der vorausseilende Gehorsam nahezu aller etablierten Vertreter aus der Politik ist bereits jetzt gewiss: Unter Aufwendung unvorstellbarer Summen aus öffentlichen Geldern verpflichtete man sich auf Wunsch der UEFA etwa zur sofortigen Generalsanierung von Graben und Kärntner Straße, weiters zu gewaltigen Stadionausbauten und nicht zuletzt zu unvorstellbaren organisatorischen und finanziell aufwändigen Leistungen im Sicherheitsbereich: Die „Wiener Bezirkszeitung“ titelt in ihrer Ausgabe 05/2007: „EM 2008: Die Po-



der die Verwaltung Parkbänke abbaut, statt sie auszubauen und vielleicht sogar mit Tischen zu versehen. Der öffentliche Raum wird zunehmend zu einem, an dem das Mitbringen von Speisen und Getränken nicht erlaubt ist. Mütter, wenn ihr Eure Kindern nicht auf ein Getränk einladen könnt, bleibt doch bitte zu Hause. Armut wird nicht bekämpft, sondern soll gefälligst unsichtbar bleiben.

Donaukanal, Augarten und Prater, eigentlich ist die Leopoldstadt ja (noch) gesegnet, doch wir alle können sehen, dass der Platz für uns immer enger wird. Das Organisieren von Festen im öffentlichen Raum ist eine Form des Widerstands dagegen und ein Teil der von PolDi angestrebten Selbstermächtigung. Menschen jeden Alters sind eingeladen, das Mitbringen von Speisen und Getränken ausdrücklich erwünscht.



lizei rüstet auf!“. Denn wer brav für die bis zu 550 Euro teuren Tickets zahlt, ist noch längst nicht willkommen: „Präventivhaft“ heißt das neue Zauberwort. Wenn das bereitgestellte Heer aus in- und ausländischer Polizei dann durchgreift, kann man, wenn es nach Innenminister Platter geht, schon einmal auch ohne eine begangene Straftat die Handschellen spüren. Zur wohlgemeinten Sicherheit der uneingeschränkt erwünschten Sponsorengäste in den Stadien - Steven Spielbergs Filmutopie „Minority Report“ und das „Pre-Crime“-Programm lassen grüßen.

Keine Ruhe für die Anrainer

Das bis zum Juli 2008 vorsorglich geschlossene Stadionbad wird für gestresste Bewohner/-innen der angrenzenden Viertel leider keine Erholung bieten können. So wie bei den bereits erfolgten Baumrodungen wird auch bei allen weiteren Maßnahmen "kurzer Prozess" gemacht werden. Polizeikontrollen, Lärm, Verkehrschaos und nicht zuletzt ein Berg an Unrat und Abfällen sind das zu erwartende „Andenken“ an das geldträchtige Spektakel auf dessen Ausgabenseite letztlich die öffentliche Hand sitzen bleiben wird. Die viel beschworene „Umwegentabilität“, die als letztes Totschlagargument meist herangezogen wird, wird mehrfach ausgegeben sein, bevor noch der erste Euro eingenommen ist.

Wem nützte?

Der UEFA, den großen Sponsoren und vielleicht ein paar ihnen dienend und ergebniszielstrebenden Politikern. Die SPÖ-Stadtregierung hatte bereits 2003 die Weichen zu einer massiven Umverteilung des sogenannten „Sportgroschens“ weg vom Breitensport, hin zum Spitzensport gestellt. Die privaten Geldgeber und Investoren können hier auch weit effizienter bei den Fans abkassieren. Schließlich stellt sich die berechnete Frage einer sinnvollen Nachnutzung für die fatalen Auswüchse einer verfehlten und auf aufgeblasene Events orientierten Politik.

Dass das ganze eigentlich etwas mit Fußball zu tun hat, ist längst zu einer unwichtigen Randnotiz verkommen. Eigentlich schade.

Über den Teilerwerb des Bezirks hinaus schauen!

PolDi (PolitikDirekt in die Leopoldstadt) steht für emanzipatorische Politik. Eine Voraussetzung dafür ist ein Höchstmaß an Informiertheit, um sich sehr bewusst einmischen zu können. Diese Informiertheit kann und darf an den Grenzen des Bezirks nicht halt machen, sondern wird sich mit Grundtendenzen unserer Gesamtgesellschaft auseinandersetzen müssen.

So wird z.B. bis auf die Bezirksebene herunter der Bevölkerung ständig eingeredet, dass für soziale, gesundheitliche und bildungspolitische Maßnahmen kein Geld da ist, dass die "Globalisierungsverlierer" mehr oder minder selbst an ihrem Unglück schuld sind, und dass die Politik diesen Prozessen hilflos ausgeliefert ist und kaum noch regulierend eingreifen kann.

Unsere Meinung dazu ist: das sind sehr bequeme Lügen, denn es ist gerade die Politik, die über entsprechende Gesetze die negativen Globalisierungstendenzen fördert, bzw. zum Teil erst ermöglicht. Ein Beispiel zeigt uns dazu der Beitrag unseres Gastautors Michael Graber, KPÖ-Wirtschaftssprecher, der aufzeigt, wie sehr die großen KapitaleigentümerInnen diesen Staat schädigen.

Ihr PolDi-Team

Gas tk om mentar

Böhler-Verkauf: Österreich um 150 Millionen geprellt

Michael Graber, KPÖ Wirtschaftssprecher

Wie sehr Österreich zum Steuerparadies für Kapital und Vermögen verkommen ist, zeigt einmal mehr der Verkauf der Anteile der Fries-Gruppe am Edelmetallkonzern Böhler-Uddeholm an die voestalpine.

Die Fries-Gruppe kaufte sich 2003 mit 130 Millionen Euro im Zuge der Vollprivatisierung bei Böhler-Uddeholm ein und kassiert beim Verkauf für ihren Anteil von 20,95 Prozent jetzt 737 Millionen Euro, cash also satte 607 Millionen Euro Zugewinn ab. Pro Aktie erhalten Fries & Co. 69 Euro plus zwei Euro Dividende, das sechsfache innerhalb von nur vier Jahren. Durch die 1994 vom damaligen SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina geschaffenen Privatstiftungen gehen dabei - natürlich ganz legal - noch enorme Steuereinnahmen verloren. Wie sogar die großbürgerliche "Presse" berichtet, verkauft die Fries-Gruppe ihre Aktien nämlich nicht direkt, sondern über die BU Industrieholding GmbH und spart damit die beim Aktienverkauf fälligen 25 Prozent Körperschaftssteuer. Damit müssten zwar die VerkäuferInnen persönlich Einkommensteuer vom Verkaufserlös zahlen. Weil sie aber mit ihren Anteilen über Stiftungen an der BU-Holding beteiligt sind, fallen für sie nur 12,5 Prozent Steuer an.

Auch diese sparen sich Fries & Co. wiederum, wenn die Stiftungen innerhalb eines Jahres in eine neue GesmbH investieren.

Erst wenn diese Gesellschaft wieder verkauft wird, fällt die Steuer an. Durch die KöSt-Ersparnis erhöht sich laut "Presse" der Wert pro Aktie theoretisch auf 85 Euro. Die FinanzinvestorInnen der Fries-Gruppe sparen sich somit rund 150 Millionen Euro Steuern und können frohgemut die nächsten Investments angehen.

Relativiert wird angesichts dieser Fakten damit auch die Freude der Regierungs- und Landespolitiker, dass ein Verkauf an den britischen Finanzinvestor CVC verhindert wurde und Böhler-Uddeholm in österreichischer Hand bleibt. Deutlich wird damit, dass sich heimische Finanzinvestoren in nichts von ausländischen unterscheiden: Ziel ist das maximale Abcashen - und als Draufgabe erhalten hiesige Investoren noch riesige Steuergeschenke.

Verdrängt wird aber auch, dass die voestalpine im Ergebnis des Börsenganges von 1995 und der Vollprivatisierung von 2003 schon längst kein österreichisches Unternehmen mehr ist, aktuell halten diverse ausländische Investoren, überwiegend Pensionsfonds aus den USA, Großbritannien, Deutschland, Luxemburg, Frankreich und der Schweiz satte 44,05 Prozent.

Die KPÖ weist am Fall Fries einmal mehr auf die Dringlichkeit einer radikalen Steuerreform hin, die als Kernpunkt die Erhöhung der Steuern auf Kapital und Vermögen beinhalten muss: Es ist höchste Zeit, dass mit dem Unfug der steuerschonenden Privatstiftungen Schluss gemacht wird.

Durch die systematische steuerliche Entlastung von Kapital und Vermögen - Abschaffung der Kapitalverkehrssteuer, Senkung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung der Vermögenssteuer, Einführung der Privatstiftungen, Senkung der Körperschaftssteuer, Einführung der Gruppenbesteuerung usw. - wird im Ergebnis der Anteil der Lohnabhängigen am gesamten Steueraufkommen immer größer und dies ist eine maßgebliche Ursache für die wachsende Kluft zwischen enormen Reichtum auf der einen und wachsender Armut auf der anderen Seite.



weil beten nicht hilft...

VOTA COMUNISTA!

her mit dem schönen leben!

KSV

ksv@linke-liste.at
www.votacomunista.at

Offen, vielfältig, pluralistisch und als Teil einer radikalen Linken stellt sich der Kommunistische StudentInnenverband - Linke Liste (KSV-LiLi) den ÖH Wahlen, von 22. - 24. Mai 2007.

- * Für ein Bildungssystem jenseits von Selektion und Marktkompatibilität
- * Gegen Eliten und Männerbünde
- * Mehr Spaß macht Selbstbestimmung
- * Her mit dem schönen Leben - Luxus für Alle!

BEZAHLTE ANZEIGE

Helfen statt reden: Die MieterInnen - Seite Spektakuläres OGH-Urteil zu Gunsten der MieterInnen!

Der Bundes-Arbeiterkammer (BAK) ist nach über drei Jahren Prozessdauer ein richtungsweisender Erfolg zu Gunsten von mehr als einer Million Miethaushalten gelungen.

Doris Schläger, Vorsitzende der
MieterInneninitiative Wien

So unglaublich es auch klingt, von 39 Klauseln waren in Standard-Mietverträgen einer großen Immobilienfirma 38 Klauseln nach dem Spruch des Obersten Gerichtshofes (OGH) sittenwidrig und widersprachen den Regelungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) und des Konsumentenschutzgesetzes (KSchG). Haben die InteressensvertreterInnen auf Seiten der MieterInnen schon immer die vertragliche Überwälzung von Erhaltungsarbeiten innerhalb einer Wohnung (z.B. Reparaturen an Thermen, Boiler, Leitungen, Ausmalen der Wohnung nach Beendigung eines Mietverhältnisses) kritisiert, aber auf Grund des hohen Kostenrisikos keine Klagen gegen diese grob benachteiligenden Verträge riskieren können, so ist jetzt endlich einiges rechtlich klar gestellt worden.

Gerade angesichts der vielfach überhöhten Mieten auf dem Wohnungsmarkt mutete es einem Raubzug gegen die MieterInnen an, wenn dann auch noch die Pflichten der VermieterInnen voll auf die MieterInnen überwältigt wurden.

Das heißt natürlich nicht, dass jetzt alles gelaufen ist. Die VermieterInnen-Seite wird in den meisten Fällen trotz dieses Urteils nicht freiwillig zahlen und verschiedene formal-rechtliche Schlupflöcher durchprobieren. Es wird also unter Umständen dennoch geklagt werden müssen, wobei diesmal die Chancen etwa 80:20 für die MieterInnen stehen.

Konkrete Rechtsilfe

Der Verein MieterInnen-Initiative (MI) hat sich über den von ihm eingerichteten Rechtshilfefonds (RHF) mit einem Rechtsanwaltsbüro in Verbindung gesetzt und dabei folgende vorläufige Regelungen treffen können: Alle auf dieses OGH-Urteil gestützten

Forderungen werden von der MI auf ihre - formal rechtlich genehmene - Anspruchsberechtigung geprüft. Ist das geklärt, übernimmt der RHF gegen einen minimalen Unkostenbeitrag das Kostenrisiko eines eventuell notwendig werdenden Prozesses. Es geht dabei im besonderen um folgende Fälle: Erneuerung bzw. auch Reparatur einer untauglich gewordenen Therme / eines Boilers. Rückzahlung von einbehaltenen Kauttionen wegen einer vertraglich vereinbarten und nicht durchgeführten Ausmal-Pflicht. Kauttionskürzungen wegen anderer Reparaturen etc.

Nach wie vor gilt auch, dass die Mieten zu hoch sind, dass unbedingt ein Mietestopp erreicht werden und dass vor allem das Befristungs-Unwesen in Mietverträgen ein Ende haben muss.

Das Urteil in groben Zügen

1. Die Reparatur/Erneuerung einer kaputten Heiztherme/eines Boilers muss nicht aus eigener Tasche bezahlt werden. Wenn das schon passiert ist, dann kann das Geld zurückverlangt werden! Allerdings Achtung: Das gilt nur bei aufrechten/bestehenden Mietverhältnissen, bzw. bis spätestens 6 Monate nach der Aufkündigung der Wohnung. Außerdem gilt das nur bei allgemeinen Form-Mietverträgen, also nicht bei konkret individuell ausgehandelten Verträgen.

Unser Vorschlag: Informieren Sie schriftlich Ihre Hausverwaltung, legen eine Rechnungskopie bei und ersuchen Sie um Rückerstattung des ausgelegten Betrags. Oder wenden Sie sich direkt an die MieterInnen-Initiative (Tel. 319 44 86).

2. Ausmalen ist kein Muss! Gibt es eine solche Klausel im Mietvertrag, so ist sie nicht durchsetzbar. Es muss nicht ausgemalt werden, wenn die ursprüngliche Farbe nicht durch eine andere verändert wurde oder Beschädigungen über die normale Abnutzung hinaus entstanden sind.

3. Ohne wichtigen Grund müssen MieterInnen den/die Vermieter/in nicht in die Wohnung lassen.

4. Miete darf anteilig gekürzt werden, wenn es zu Strom-, Gas- und Wasserausfällen kommt!



Rat & Hilfe : Poldi und die MieterInneninitiative

Wir bemühen uns für sozial benachteiligte MieterInnen, kämpfen gegen Spekulantentum und Wucher! In all den Jahren haben wir schon viel erreicht. Nicht immer können wir helfen, doch in den meisten Fällen, gelingt es uns, die Not zu lindern, Probleme zu verkleinern, brauchbare Ratschläge zu erteilen.

Unsere Adresse: Liechtensteinstraße 123/20, 1090 Wien

Telefon: 01 319 44 86

Email: office@mieterinnen.org

WWW: <http://mieterinnen.org>

Beratungen nach Terminvereinbarung - Rufen Sie uns an!

Keine Hilfe für Schulkinder!

Die Selbstherrlichkeit der SPÖ-Bezirksräte

Wie der berühmte Pawlow'sche Hund aus der Reflextheorie reagiert die SPÖ-Mehrheitsfraktion prinzipiell negativ und quasi reflexartig auf jeden auch noch so vernünftigen Vorschlag von Seiten der anderen Fraktionen, vornehmlich der KPÖ und der Grünen. Dass es dann meist gegen die Interessen der Bezirksbevölkerung geht, stört die SPÖ dabei nicht.

Josef Iraschko, KPÖ-Bezirksrat

So hat die SPÖ-Fraktion den Antrag der ÖVP und Grünen für die Einrichtung von temporären Shuttlebussen wortreich und einheitlich niedergestimmt. Der Antrag fand auch die Unterstützung von KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko.

Zur Erinnerung:

Wegen Statikproblemen wurde am 12. März 2007 das 1883 erbaute Schulgebäude Wien 2, Novaragasse 30 kurzfristig geschlossen und der Schulbetrieb in das Schulgebäude Wien 2, Leopoldgasse 3 verlegt. Die Verantwortlichen beschäftigten sich dabei nicht einen Augenblick mit der Frage, welche Probleme diese Maßnahmen für das Lehrpersonal, die Eltern und Kinder bringen würde. Die Selbstverständlichkeit, für die gewohnt in die alte Schule gehenden Kinder einen Shuttlebus für die immerhin 1,2 km entfernte Ausweichschule einzurichten, dafür scheint dem Bezirk und der Gemeinde ganz offensichtlich das Geld oder, was noch viel schlimmer ist, der Wille und das Interesse zu fehlen. Eltern, Lehrpersonal und Kinder wurden einfach mit dem Problem allein gelassen!

Bezirksvorsteher Kubik und sein Stellvertreter Junek machten sich samt SPÖ-Fraktion über die berechtigten Vorwürfe von ÖVP und Grünen noch lustig. Herr Junek, der immer dann, wenn es um finanzielle Fragen zu Gunsten der Bevölkerung geht, automatisch mit der Frage kontert: "Wer soll das bezahlen?" spielte auch diesmal diese Karte und damit war mittels dieses "Totschlagarguments" alles klar: die Bevölkerung hat ihre von der Stadt Wien erst hervorgerufenen Probleme selbst zu lösen. Interessant in diesem Zusammenhang mag vielleicht sein, dass in derselben Sitzung ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, die Bereitstellung von € 700.000 für den Bezirksanteil zur Errichtung eines Parks zugestimmt wurde. Die Gemeinde stellt dafür zusätzlich 4,7 Millionen Euro zur Verfügung. Dieser Park hat keinen anderen Zweck zu erfüllen, als in guter neoliberaler Manier Investoren durch großartige Vorleistungen der Stadt anzulocken. Für einen temporär einsetzbaren Shuttlebus zur Sicherheit der Kinder ist hingegen kein Cent vorhanden.

Kein Augenmaß

Die SPÖ-Leopoldstadt - und nicht nur diese - hat jegliches Augenmaß für die Anliegen der Bevölkerung verloren. Die Bezirksvorsteherung lässt sich lieber von Wirtschaft und vermeintlichen Investoren hofieren, der Bezirk wird mehr und mehr zum Spekulationsobjekt und die SPÖ-Mehrheit glaubt dadurch ernsthaft eine "Aufwertung" (für wen?) des Bezirks zu erreichen, was ja in Wirklichkeit nichts anderes heißt, als dass Grund und Boden sowie die Wohnungen teurer werden, die Nahversorgung zu Grunde geht und die öffentlichen Erholungsräume immer mehr eingeengt werden.



Wer ist Poldi?

Poldi (Politik Direkt in die Leopoldstadt) versteht sich als eine radikal-demokratische Initiative in der Leopoldstadt. Ausgehend von der Erfahrung mit der offiziellen Bezirkspolitik, die sich an den Menschen völlig vorbei bewegt und glaubt, durch

Events die Menschen von eigenständiger Politik abhalten zu können, haben hier Menschen aus dem linken politischen Spektrum zusammengefunden, die wirklich Politik von unten praktizieren möchten.

Wann/Wo trifft sich Poldi?

Poldi trifft sich regelmäßig jeden 1. Dienstag im Monat, um 19,00 Uhr zum Kennenlernen und Diskutieren.

ACHTUNG: Nächstes Treffen ausnahmsweise am DONNERSTAG, 3. MAI, 19 Uhr.

Ort: Cafe Sperlhof, 1020 Wien, Große Sperlgasse 41.

Bitte nach Poldi fragen!

Vor diesen Terminen bietet KPÖ-Bezirksrat und Mietrechtsexperte Josef Iraschko (auch ein Poldi) ab 18,00 Uhr eine Sprechstunde und Mietrechtsberatung an.



**POLDI WEBSEITE: <http://poldi.kpoe.at>
POLDI MAILINGLISTE: poldi@mond.at**